

Der Bund

Bern ächzt unter der Zentrumslast

Auswärtige Pendler, teure Gemeindestrassen, veraltete Daten: Die Stadt fühlt sich beim kantonalen Lastenausgleich um Millionen Franken geprellt. Der Kanton geht über die Bücher.



Jeder zweite ÖV-Benutzer am Hirschengraben ist ein Auswärtiger und nicht Berner Steuerzahler. Pendlerströme sollen nun besser abgegolten werden. Bild: Adrian Moser

Der Berner Säckelmeister Alexandre Schmidt (FDP) hat ein Problem. Obschon die in Bern ansässigen Bürger und Firmen pro Jahr fast eine Milliarde Franken Steuern an den Kanton abliefern, ächzt die Stadt als Nettozahlerin immer stärker unter den steigenden Zentrumslasten: 2017 leistet Bern 28 Millionen Franken mehr, als die Stadt vom Kanton erhält. Dies obschon die Berner pro Kopf überdurchschnittlich viel Steuern an den Kanton abliefern. «Wir wollen ein ehrliches, faktenbasiertes System. Das Geld fällt schliesslich nicht vom Himmel», so Schmidt.

Der Knackpunkt: Bern erhalte wegen der steigenden Kosten laut Schmidt aus dem kantonalen Finanz- und Lastenausgleich (Filag) nur 77 Prozent der geltend gemachten Kosten in der Höhe von 90 Millionen zurück, so Schmidt – Biel und Thun hingegen 87 Prozent. Der Grosse Rat hatte einst einen 80-Prozent-Deckel für die Anrechnung der Zentrumslasten beschlossen.

Folgen eines «Kuhhandels»?

Das «fragwürdige Resultat eines Kuhhandels» stösst Schmidt sauer auf: «Diese Ungleichbehandlung ist stossend. Bern soll wie die anderen Städte entschädigt werden», sagte der Finanzdirektor an einer Medienkonferenz. Dort präsentierte er eine von der Firma Ecoplan verfasste Studie, welche auf 92 Seiten die Finanzflüsse von Stadt und Kanton untersuchte. Laut Schmidt entgehen der Stadt wegen des umstrittenen Filag-Schlüssels pro Jahr alleine wegen des Prozentdeckels über 10 Millionen Franken, unter dem Strich gehe es aber um noch mehr.

Darum hat der Gemeinderat nun weitere Forderungen aufgestellt: Viele Gemeindestrassen gehören in Bern zum überregionalen Netz, die Stadt muss sie aber selber unterhalten. «Die Schwarzenburgstrasse ist vom Eigerplatz bis zur Grenze zu Köniz eine Gemeindestrasse mit entsprechender Kostentragung durch die Stadt. Hingegen gilt die Schwarzenburgstrasse ab der Gemeindegrenze bis Niederscherli als Kantonsstrasse mit entsprechender Kostentragung durch den Kanton», illustriert Schmidt.

Jeder zweite ÖV-Nutzer in der Stadt Bern kommt nicht aus Bern selbst. Es brauche

Adrian Müller
Redaktor Ressort Bern
@mueller_adrian 14.10.2016

Bern ist heiss begehrt

Im Finanz- und Lastenausgleich sei das Berner Verfahren «vorbildlich».

Ob Teenager vor der Reitschule oder Aufführung im Stadttheater: Zentren wie Bern sind Magnete für Bildung, Arbeit, Freizeit und Verkehr.

Viele Leistungen erbringt die Stadt aber für Auswärtige und nicht für Stadtberner Steuerzahler. An gewissen Haltestellen in Bern – wie etwa beim Hirschengraben – kommen beispielsweise über die Hälfte der ÖV-Nutzer von ausserhalb.

Dafür erhält die Stadt eine Entschädigung, die mit aufwendigen Verfahren zahlenmässig ermittelt und nicht pauschal abgegolten wird. Die relevanten Bereiche für die Berechnung sind gesetzlich festgelegt.

«Im Schweizer Vergleich ist das Verfahren im Kanton Bern vorbildlich gelöst», sagt Finanzdirektor Schmidt. Einzig kritisiert er den 80-Prozent-Deckel (siehe Haupttext). (amü)

Artikel zum Thema

«Es geht um sehr viel Geld»



Interview Die Stadt fordert mehr Geld aus dem kantonalen Finanzausgleich. Es gehe um Fairness, sagt Finanzdirektor Alexandre Schmidt. [Mehr...](#)

Interview: Bernhard Ott 13.10.2016

neue Lösungen, um die Lasten zu verteilen. Bei der Festlegung der ÖV-Kosten seien nicht nur die Haltepunkte, sondern Pendlerströme zu berücksichtigen.

Aktualisierung der «total veralteten Daten»: Laut Schmidt werden bei der Berechnung der Zentrumslasten teilweise Daten aus dem Jahr 2003 verwendet – etwa bei den Besucherzahlen von Kulturstätten.

Dotationskapital Bernmobil: Seit der Ausgliederung aus der Stadtverwaltung muss Bernmobil 33,7 Millionen Franken nicht verzinsen, was einer nicht abgegoltenen Zentrumslast entspreche. Der Betrag müsse normal verzinst werden. Mit den Forderungen spielt Gemeinderat Alexandre Schmidt den Ball direkt an die kantonale Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) weiter. Die Stadt renne beim Kanton offene Türen ein, sagt Simon auf Anfrage des «Bund». Man sei derzeit daran, das System des kantonalen Finanzausgleichs zu überprüfen und die Datengrundlagen zu aktualisieren.

Simon widerspricht Bericht

Indirekt relativiert Regierungsrätin Simon aber die Ergebnisse der Studie. So seien im Jahr 2015 (aktuellste Zahlen) mit 84,6 Millionen Franken 82 Prozent der Zentrumslasten Berns abgegolten worden. Auf Nachfrage erklärt Schmidt den höheren Anteil mit der Eröffnung des Entsorgungshofs Schermen, weswegen Zentrumslasten wegfielen. «Die Zahl spielt darum Jo-Jo, der 80-Prozent-Deckel des Kantons bleibt aber.»

Skeptische Grossräte

Nur der Grosse Rat kann den Kostenschlüssel zugunsten der Stadt abändern. Ob dies jedoch in absehbarer Zukunft geschieht, ist fraglich. Selbst Schmidts Parteikollege, FDP-Grossrat Adrian Haas, zeigt sich skeptisch. «2012 war es ein hartes Ringen um den Filag. Man kann den Verteilschlüssel nicht schon wieder ändern.» Denn in Form von Infrastrukturprojekten wie dem Wankdorf-Kreisel oder dem Bahnhof-Ausbau fliesse viel Geld vom Kanton in die Stadt Bern.

«Man muss das Gesamtbild anschauen», so Haas. Ins gleiche Horn bläst SVP-Grossrat Peter Brand. «Man kann nicht wegen ein paar Prozenten den Finanzausgleich auf den Kopf stellen.» Applaus für die Forderungen des Gemeinderats gibt es von der SP. «Eine bessere Abgeltung der Zentrumslasten ist für Bern elementar. Es geht um die Solidarität von Stadt und Land», sagt SP-Grossrat und Gemeinderatskandidat Michael Aebersold. Den Filag an sich stelle man nicht infrage. «Es braucht aber eine fairere Lastenverteilung und damit punktuelle Anpassungen des Filag. (Der Bund)

(Erstellt: 13.10.2016, 12:00 Uhr)